

# Leise wandert der See

**Hessen** Salzabwässer des Konzerns K+S gefährden etliche Trinkwasserbrunnen. Die grüne Umweltministerin vertuscht Warnungen ihrer Behörden.

Die Lullusquelle und der Vitalisbrunnen beschenken der Stadt Bad Hersfeld den Titel „Hessisches Staatsbad“. Die Wässer helfen bei Magen-, Darm- und Stoffwechselkrankheiten.

Mitarbeitern des Hessischen Landesamts für Umwelt und Geologie (HLUG) bereiten die Heilquellen seit einiger Zeit vor allem Kopfzerbrechen. Kaum vier Kilometer entfernt beobachten sie an einem Tiefbrunnen, wie die Chloridkonzentration steigt. Das Grundwasser dort wird von Jahr zu Jahr salziger, mit womöglich gravierenden Folgen: „Die Beschaffenheit der Heilwässer könnte sich künftig erheblich verändern, und deren weitere Nutzbarkeit wäre infrage gestellt“, warnten die Experten im Sommer 2014 in einer Stellungnahme für den Regierungspräsidenten in Kassel.

„Begründete Besorgnis“ bestehe nicht nur für die Heilquellen. Ein Dutzend Trinkwasserbrunnen im Werra-Raum könne kurzfristig unbrauchbar werden, bei einem Brunnen sei der Chloridgrenzwert schon mehrmals überschritten worden.

Die Versalzung ist auf den Weltkonzern K+S zurückzuführen. Er fördert Kali aus mehreren Bergwerken und stellt daraus unter anderem Dünger her. Dabei entstehen salzige Abwässer, die das Unternehmen in den Fluss leitet oder in den Erdboden pumpt. Allein 2014 durfte K+S rund 4,5 Millionen Kubikmeter im Untergrund „versenken“.

Von der Gefahr für das Grundwasser erfuhr die Öffentlichkeit nichts. Im Gegenteil: Im September erweckte Hessens Umweltministerin Priska Hinz den Eindruck, die Situation wäre beherrschbar. Gemeinsam mit dem K+S-Chef präsentierte die Grünen-Politikerin einen „Vier-Phasen-Plan“ für die Abwasserentsorgung. „Wir haben es geschafft, erstmals eine dauerhafte Lösung für diese jahrelang ungelöste Problematik vorzulegen“, sagte die Ministerin. In 60 Jahren werde die Werra wieder „Süßwasserqualität“ haben.

Tatsächlich sichert die Vereinbarung vor allem die Jobs Tausender Kumpel in Hessen und Thüringen. Ab 2021 soll das Abwasser auch in die Oberweser geleitet werden. Bis



Kali-Salzhalde an der Werra: In 60 Jahren wieder „Süßwasserqualität“

dahin, für die nächsten sechs Jahre, will die Ministerin dem Unternehmen weiterhin die Versenkung zugestehen. Daran aber dürfte der gesamte Plan scheitern. Denn für eine weitere Versenkung müsste die Ende 2015 auslaufende Genehmigung erneuert werden. Das Wasserrecht schreibt allerdings vor, dass die Qualität des Grundwassers nicht verschlechtert werden darf. Genau das sagen Hinz' Experten freilich voraus: „Jede Salzabwasserversenkung“ würde den „bestehenden Grundwasserschaden“ vergrößern.

Für die Ministerin ist die Einschätzung peinlich. Im März will sie die Umweltminister der anderen Länder, durch die Werra und Weser fließen, von ihrem Plan überzeugen; das dürfte nun schwieriger werden. Kritische Fragen könnte auch die EU-Kommission stellen, der das Vorhaben vorgelegt werden muss. In Brüssel läuft ohnehin bereits ein Vertragsverletzungsverfahren.

Kein Wunder, dass die Expertise in den Behörden-schubladen bleiben sollte. Die Werra-Gemeinde Gestungen aber klagte aus Sorge um ihr Trinkwasser gegen die Versenkung und forderte von Hessen Auskünfte nach dem Umweltinformationsgesetz. Das Land beschied die Anträge positiv, rückte die Unterlagen aber nicht heraus – mit Rücksicht auf die Interessen von K+S. Doch als jetzt ein neuer Richter des Verwaltungsgerichts Kassel den Fall übernahm, besorgte er sich die Akten und gewährte Gemeindevertretern Einblick.

In dem Verfahren tauchte ein weiteres brisantes Papier auf. Es wirft die Frage auf, ob die bestehende Versenkungsgenehmigung widerrufen werden muss. Nachdem im Laufe der Jahre rund eine Milliarde Kubikmeter Salzbrühe in den Boden gepumpt worden waren, bildete sich tief unter der Oberfläche ein gewaltiger Salzsee. Lange glaubten die Behörden, das Abwasser befinde sich in einer porösen Gesteins-

schicht einige Hundert Meter unter der Oberfläche. Seit 2008 aber weiß das Ministerium, dass 300 Millionen Kubikmeter in den Buntsandstein aufgestiegen sind, aus dem das Trinkwasser gewonnen wird. Eine weitere Versenkung schien deshalb schon 2011 kaum möglich.

Doch die damalige Regierung benutzte einen Trick. Sie erteilte die Genehmigung unter der Auflage, dass K+S ein dreidimensionales Modell erstellt, mit dem sich die Grundwasserströme berechnen lassen. Bis Ende 2013 sollte es vorliegen, doch bis heute hat K+S nichts Brauchbares präsentiert. Nun soll es im April so weit sein.

Die Rechtsgrundlage für einen Widerruf sei gegeben, heißt es in einem Vermerk des Regierungspräsidiums Kassel. Allerdings, warnte ein Mitarbeiter, könne es dann zu einem „Entsorgungsnotstand“ bei K+S und zur Schließung der Bergwerke kommen. Zudem werde der Behörde womöglich die Frage gestellt, weshalb sie die Genehmigung überhaupt erteilte, obwohl das 3-D-Modell nicht vorliegt.

Das Regierungspräsidium sah einen eleganten Ausweg in einer „erneuten Risikobewertung“ und fragte den Konzern, wie er die Gefahren für das Trinkwasser einschätze. Kaum überraschend erkannte K+S keinen Grund zur Besorgnis – anders als die HLUG-Mitarbeiter, als sie die Einschätzung des Unternehmens im Sommer würdigten. Im September fuhr die Wasserexperten eigens ins Ministerium, um ihre Ergebnisse auch mündlich darzulegen.

Drei Wochen später präsentierte Hinz ungerührt ihren Abwasserplan. Einen Vermerk über das Treffen mit den HLUG-Leuten hatten die Ministerialen noch nicht angefertigt. „Aufgrund eines Büroversehens“ sei die Angelegenheit leider bis Dezember nicht weiterverfolgt worden, notierte ein Mitarbeiter der Ministerin.

Michael Fröhlingsdorf

